

Kontrollamt: Enorme Kostenüberschreitungen, unkorrekte Vergabe, zu hoch gebaut

Das Prater-Desaster



Riesenradplatz: Laut Kontrollamtsbericht kostet das Projekt statt 39 plötzlich 60 Millionen Euro. Laut den Grünen wurde die Bauordnung "bewusst ignoriert". Vizebürgermeisterin Laska droht eine Amtshaftungsklage

VON MICHAEL BERGER

ast doppelt so teuer und beinahe doppelt so hoch - das Kontrollamt der Stadt Wien geht in einem druckfrischen Bericht mit dem neu gestalteten Riesenradplatz im Prater hart ins

Platz vor dem Riesenrad "statt 39 Millionen, knapp 60 Millionen Euro kosten". Und die Dachfirste drei Gebäuden liegen "rund 50 Prozent über der Bebauungsplan zulässi-Höhenentwicklung".

Grund für die Opposition, den Rücktritt der zuständigen SP-Vizebürgermeisterin Grete Laska zu fordern.



"Macht die SPÖ so weiter, ist die Absolute nicht mehr zu halten."

Sabine Gretner Grün-Planungssprecherin

Maria Vassilakou, Grüne Klubobfrau: "Was kann sie sich eigentlich noch leisten? Durch diesen Kontrollamtsbericht wird sie endgültig zum Problem für Bürgermeister Häupl."

Das vorliegende Papier kritisiert auch die Auftragsvergabe des Großprojekts: "Bei der Vergabe der Unter-Laut Kontrollamt wird der nehmerleistungen wären die Bestimmungen

des Bundesvergabegesetzes 2006 anzuwenden gewesen."

Grün-Planungssprecherin Sabine Gretner: "Stattdessen erhielt, ohne Ausschreibung, Explore 5 D den Auftrag. Für Planung und Bauabwicklung aber hatte Explore nicht einmal eine Zulas-Dieses mittlerweile insolvente Unternehmen (der KURIER berichtete) räumte selbst ein "Naheverhältnis" zum Rat-

7,9 Millionen Steuergeld Und spätestens bei dieser Firmenpleite wurde der Steuerzahler mit 7,9 Millionen Euro zur Kasse gebeten. Denn der bereits vollzogene Ausgleich - die geschädigten 40 Gläubiger-Firmen erhielten 20 Prozent der Außenstände - wurde im Sommer im Gemeinderat beschlossen. Hier stimmten auch die Grünen

Einzig diesen Beschluss und das verwendete Steuergeld bestätigte Grete Laska im KURIER-Gespräch: "Es gibt oder gab weder ein Naheverhältnis zu Explore, noch waren die Ausschreibungsmodalitäten gesetzwidrig. Würde das Projekt nach heutigem rechtlichen Stand abgewickelt werden, dann wäre ein Bundesvergabeverfahren notwendig. Damals aber nicht."

"Es kann wirklich nur im SP-Sumpf dieser Stadt passieren, dass die Baukosten von rund 39 auf fast 60 Millionen Euro explodieren. Und dass ein Generalunternehmer ausgesucht wird, der keine Baubefugnis hat. Bürgermeister Häupl ist für das Prater-Debakel voll verantwortlich", wettert VP-Landesgeschäftsführer Nor-

bert Walter. Die von Häupl eingesetzte Vizebürgerrücktreten.

position so heftig Kritisierte ging in Offensive: "Ich finde es ganz reizend, dass sich die Opposition über die Zusammensetzung der Stadtregierung Sorgen macht." Grantiger Nachsatz: "Offensichtlich hat für die

meisterin Laska müsse sofort zu-Die von der Op-

> "Offensichtlich hat für die Opposition bereits der Wahlkampf begonnen."

Grete Laska Vizebürgermeisterin

Rathaus-Opposition bereits der Wahlkampf begonnen."

Amtshaftungsklage Für die Grünen ist die Causa Riesenradplatz allerdings noch lange nicht erledigt. Denn Planungssprecherin überlegt eine Amtshaftungsklage gegen Vizebürgermeisterin Laska: "Es gilt hier auch, die geschädigten Fir-

men einzubinden." Als Basis könnte die Wiener Bauordnung dienen. Denn diese wurde, so die Grünen, "bewusst ignoriert."

Gretner formuliert auch gleich eine Kampfansage für die Gemeinderatswahl im Herbst 2010: "Macht die SPÖ so weiter, ist die ohnehin unerträgliche Absolute nicht mehr zu halten."

Zankapfel: Auch der Staatsanwalt ermittelt

Start Am 15. Dezember 2006 erteilt der Gemeinderat an die Stadt Wien Marketing und Praterservice GmbH den Auftrag zur Neugestaltung des Riesenradplatzes. Die Flächen gehören der Stadt.

Kritik Schon in der Planungsphase hagelt es wegen des Walt-Disney-Ambientes der Fassaden von Architektur-Fachleuten Kritik. Auch wegen des Zeitdrucks durch die Fußball-EURO kommt das Projekt in finanzielle Nöte. Zum Anpfiff des Kicker-Spektakels ist der Platz großteils fertig.

Gericht Am 15. Juli zeigen die Grünen den Generalunternehmer Explore an. Am 19. August erfolgen die ersten Einvernahmen, der Staatsanwalt ermittelt (noch immer) im Prater. Am 17. September ist der Ausgleich durch. Am 13. November übt das Kontrollamt Kritik